



**Ausgabe 3
April 2016**

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:
**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO CHILE**
Enrique Nercasseaux 2381
Casilla 16280
Providencia
Santiago de Chile
Chile

Tel. +56 22 234 20 89 oder
+56 22 233 57 33
Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile

I. Senatorin Carolina Goic neue Präsidentin der PDC



URL: <http://www.latercera.com/noticia/politica/2016/04/674-674958-9-carolina-goic-presidenta-dc-no-corresponde-a-la-renuncia-otras.shtml>, abgerufen: 11.04.2016

Knapp ein Jahr nach seinem Antritt als Parteivorsitzender, gab Jorge Pizarro auf dem Parteitag Chiles Christdemokratischer Partei (PDC) am 2. April 2016 seinen Rücktritt bekannt. Bis zur nächsten offiziellen Wahl der Parteiführung am 4. Dezember 2016 tritt die Senatorin Carolina Goic die vorläufige Nachfolge an.

Über Jorge Pizarros Rücktrittserklärung wurde bereits vielseitig spekuliert, dennoch kam seine verkündete Entscheidung überraschend. Bereits im Vorfeld stand der Parteitag der Christdemokraten im Zeichen anhaltender Korrupti-

onsvorwürfe gegen die Firma der beiden Söhne Pizarros, Jorge und Sebastián. Ihr Unternehmen Ventus Consulting steht im Verdacht, in den Korruptionsskandal des Chemie- und Bergbau- Unternehmens Soquimich (SQM) verwickelt zu sein, bei dem die Steuerbehörde und Staatsanwaltschaft illegale Finanzierung von Parteien und Wahlkampagnen aufdeckten. Hinzu kam Pizarros unglückliches öffentliches Auftreten in den vergangenen Monaten: Bei einem schweren Erdbeben am 16. September 2015 in der Region Coquimbo hielt sich Pizarro, ehemaliger Senator dieser chilenischen Region, bei der Rugbyweltmeisterschaft in England auf und veröffentlichte dabei Fotos von sich und dem sportlichen Spektakel. Dies generierte ein Bild geringer Anteilnahme mit den Opfern und schadete seinem Ansehen als Parteichef der PDC vor allem durch die breite, negative Berichterstattung der Medien.

Nach der Rücktrittsentscheidung Pizarros erfordern besonders die im Oktober 2016 anstehenden Kommunalwahlen und die bereits am



Ausgabe 3

April 2016

SEITE 2 VON 6

Horizont erscheinende Parlaments- und Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 ein sicheres und geschlossenes Auftreten der PDC nach außen. Hierfür richten sich nun alle Hoffnungen auf die Nachfolgerin Carolina Goic.

Einstimmig wählte die PDC die Vizepräsidentin Carolina Goic als reguläre Vertreterin zur Vorsitzenden der Partei. Das langjährige Parteimitglied der PDC aus der südchilenischen Region von Magellan und der chilenischen Antarktis, drückte ihr volles Verständnis für Pizarros Entscheidung aus und zeigte sich gleich zu Beginn ihrer neuen Aufgabe höchst motiviert. Goic, die der Präsidentin Bachelet und ihrem Reformprogramm sehr nahe steht, traf sich bereits wenige Tage nach ihrer Amtsübernahme mit dem chilenischen Regierungsoberhaupt, um über den Stand der Reformagenda zu diskutieren. Frau Goic bewegt sich in der neutral-liberalen Strömung der Christdemokraten, setzt ihren Fokus vor Allem auf soziale Reformvorhaben wie im Gesundheitssystem sowie dem Arbeitsmarkt, und gilt als mögliche

eigene Präsidentschaftskandidatin der PDC für die Wahl 2017. Ihr erklärtes Ziel für die nächsten Monate ist es, die Einheit der Partei bis zu den Kommunalwahlen zu stärken, indem sie den parteiinternen Dialog und ein gemeinsam erarbeitetes Parteiprogramm anstrebt, das den Stempel einer geschlossen auftretenden PDC tragen soll.

Quellen:

<http://www.latercera.com/noticia/politica/2016/04/674-674900-9-senadora-carolina-goic-asume-presidencia-de-la-dc-tras-renuncia-de-pizarro.shtml>

<http://www.latercera.com/noticia/politica/2016/04/674-674958-9-carolina-goic-presidenta-dc-no-corresponde-a-la-renuncia-otras.shtml>

<http://www.cooperativa.cl/noticias/pais/politica/democracia-cristiana/presidenta-bachelet-sostiene-primera-reunion-con-senadora-goic-nueva/2016-04-08/103154.html>

II. Neues Wertstoff - Gesetz

Laut des chilenischen Umweltministeriums werden derzeit nur knapp 10% der Wertstoffe im eigenen Land recycelt. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Recycling-Quote derzeit bei etwa 43 Prozent. Dies gab Anlass für die Implementierung des neuen Recycling-Gesetzes





Ausgabe 3

April 2016

SEITE 3 VON 6

(Ley de Fomento al Reciclaje), welches Anfang April durch den chilenischen Kongress verabschiedet wurde.

Mit den bestehenden Mängeln im Bereich der Abfallentsorgung und – Verwertung befasst sich das chilenische Umweltministerium bereits seit September 2013, innerhalb des nächsten Jahres soll das Gesetz vollständig umgesetzt werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Existenz illegaler Mülldeponien in den Randregionen der Metropole und damit verbundenen Problemen wie Bränden, welche in jüngster Vergangenheit zu gesundheitsschädlichen Emissionen in der Luft geführt haben, stellt dieses Gesetz eine erste, konkrete Gegenmaßnahme zum unkontrollierten Abfallentsorgen und dessen direkten negativen Folgen für Bevölkerung und Umwelt dar.

Das Regelwerk umfasst die Mülltrennung sowie die separate Sammlung von Wertstoffen, was einer Reduktion des Abfalls insgesamt zu Gute kommt. Ziel ist es,

die Wiederverwertung von Reststoffen auf Seiten der Erzeuger zu steigern, eine Recycling-Kultur zu entwickeln und das Umweltbewusstsein der Produzenten und Bürger zu steigern. Von nun an sind Versorgungshersteller und die Gemeinden der Städte dazu verpflichtet, Abfälle zurückzugewinnen und Sorge zu tragen, dass eine adäquate Müllaufbereitung stattfindet. Dabei sind Reststoffe in ihrer Wiederverwertbarkeit zu unterscheiden. In erster Etappe stehen vorrangig Abfallprodukte wie Öle, Schmiermittel, elektronische Geräte, Batterien, Verpackungen und Leergut im Fokus der Wiederaufbereitung.



Quelle: <http://www.chilesustentable.net/>, abgerufen: 14.04.2016

Das Gesetz greift die Theorie des Verursacherprinzips auf: Derjenige, dessen Aktivität negative externe Effekte verursacht, trägt die Verantwortung für deren Wiedergutmachung. Praktisch bedeutet dies:



Ausgabe 3

April 2016

SEITE 4 VON 6

Industriebetriebe generieren durch den Müll ihrer Produkte negative Effekte für die Gesellschaft, weswegen sie als Produzenten die Kosten der Wiederaufbereitung tragen sollen. Dieser Mechanismus ist von allen Unternehmen, Produzenten und Kommunen anzuwenden.

Insgesamt soll die gesetzliche Regelung die Wiederverwertungsquote um das Dreifache steigern. Sollte die Aufsichtsbehörde des Umweltministeriums Verstöße gegen die Auflagen wahrnehmen, drohen den einzelnen Unternehmen Straf-gelder in Höhe von bis zu 450 Millionen Pesos (knapp 600.000 Euro).

Doch bereits wenige Tage nach der Implementierung wurde das Gesetz bereits modifiziert und Sanktionen gelockert. So war der ursprüngliche Anspruch, die Wiederverwertung von zehn Produkten gesetzlich zu regeln, doch letztendlich wurde vom Senat beschlossen, lediglich sechs Produkte recyceln zu müssen. Der Gesetzesentwurf sah weiterhin vor, dass bei Nicht-Zahlung der Geldbußen folgende weitere Sanktionen greifen sollten: Unternehmen sollte verboten werden,

Produkte weiter zu veräußern, wenn sie diese nicht ordnungsgemäß recyceln. Hierbei sollte die geschäftsführende Leitung zu Rechenschaft gezogen werden können und öffentliche Bekanntmachungen der Aufsichtsbehörde folgen. Mit der Modifizierung des Gesetzes wurden diese Sanktionen gestrichen.

Das verabschiedete Gesetz stellt einen ersten umweltpolitischen Schritt dar, um die Wiederaufbereitung von Reststoffen zu steigern und das Müllaufkommen zu reduzieren. Inwieweit seine Umsetzung und die Kontrolle der Umsetzung funktioniert, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Auch stellt sich im Hinblick auf die Streichung der beschriebenen Folgesanktionen für Unternehmer und Kommunen die Frage der Wirksamkeit des Gesetzes.

Quellen:

<http://www.chilesustentable.net/congreso-bajo-sanciones-a-empresas-que-no-cumplan-la-ley-de-reciclaje-antes-de-aprobarla/>

<http://contextoganadero.com/internacional/el-que-contamina-paga-la-nueva-ley-de-reciclaje-aprobada-en-chile>

<http://www.lasegunda.com/Noticias/Nacional/2016/01/1031783/Santiago-amanece-cubierto-de-humo-y-hedor-por->





Ausgabe 3

April 2016

SEITE 5 VON 6

[incendio-en-vertedero](#)

<http://www.latercera.com/noticia/nacional/2016/04/680-675339-9-nueva-ley-de-reciclaje-incluire-multas-de-hasta-450-millones-a-empresas.shtml>

<http://www.latercera.com/noticia/nacional/2016/04/680-676177-9-cinco-comunas-de-la-rm-suman-el-50-de-los-vertederos-ilegales.shtml>

<http://natalespatagonia.cl/2015/archivos/42261>

<http://portal.mma.gob.cl/ley-de-fomento-al-reciclaje/>

III. Senat verabschiedet „Ley Mordaza“

Mit einer Mehrheit von 29 Stimmen und lediglich drei Enthaltungen hat der chilenische Senat am 4. April 2016 das sogenannte *Ley Mordaza* - zu Deutsch „Knebelgesetz“ - verabschiedet, welches das Durchsickern von Informationen an die Öffentlichkeit verhindern soll.

Das umstrittene, vom oppositionellen Mitte-Rechts Bündnis „Chile Vamos“ initiierte Gesetz setzt sich aus zwei Kernpunkten zusammen: Zum einen soll grundsätzlich unterbunden werden, dass Informationen laufender Untersuchungen der Staatsanwaltschaft, etwa über Staatsanwälte oder Gutachter, an die Öffentlichkeit gelangen. Bisher

galt eine Frist von 40 Tagen bis zur Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen, welche sich nun mit dem Inkrafttreten des Gesetzes auf 90 Tage verlängert. Zum anderen sollen bei Verstoß gegen diesen Entscheid Sanktionen greifen, die nicht nur hohe Geldsondern auch Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren vorsehen.

Argumentiert wird die Notwendigkeit dieses Gesetzes etwa durch die Gefährdung der Staatssicherheit vor allem im Hinblick auf Ermittlungen gegen terroristische Straftaten in besonders schweren Fällen. Befürworter des Gesetzes warnen, dass die Gefahr, die durch das Weiterleiten von Informationen der Ermittlungsergebnisse entstehe, durchaus ernst zu nehmen sei.

Aufgrund der schnell wachsenden Kritik am *Ley Mordaza* seitens der Bevölkerung ist die Regierung jedoch bemüht hervorzuheben, dass sich die Sanktionen nicht gegen Journalisten und Medien richten. Die Presse- und Meinungsfreiheit werde in keiner Weise gefährdet oder eingeschränkt, so der Regierungssprecher Marcelo Díaz.





Ausgabe 3

April 2016

SEITE 6 VON 6

Es gibt dennoch weiterhin heftige Kritik am Gesetzesentwurf. So ist die sozialistische Partei PS mehrheitlich gegen die zwei Maßnahmen des „Knebelgesetzes“, wohlwissend, dass eine offizielle Ablehnung des Gesetzes durch die Kommission des Verfassungsschutzes noch möglich ist. Bedenken bezüglich eines möglichen Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht hat auch die kommunistische Partei PC und Sparten der Mitte-Links ausgerichteten PPD, der Christdemokratischen Partei PDC sowie der PR (Radikalen Partei). Denn das Gesetz ermöglicht der Polizei im Falle des Verdachts auf Durchsickern vertraulicher Informationen die Möglichkeit, Identitäten von Personen zu ermitteln und diese durch Untersuchungshaft vorübergehend in Gewahrsam zu nehmen. Auch wurden Stimmen laut, die die Verabschiedung dieses Gesetzes als Rückschritt zu einem Polizeistaat sehen.

Der Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Gesetzes fällt zudem denkbar ungünstig: die Enthüllung der Panama-Papers sorgt weltweit für

Schlagzeilen, und die Öffentlichkeit wird dank *Whistleblowern* und Enthüllungsplattformen wie *Wikileaks* Zeuge von immer mehr geheimen Machenschaften in unvorstellbarem Maße. Außerdem wäre die Verstrickung etlicher chilenischer Regierungs- und Oppositionsparteien in Korruptionsskandale bei einem bereits geltenden „Knebelgesetz“ erst deutlich später an die Öffentlichkeit gelangt. Bedenkt man die Ausmaße der Empörung, welche die vorausgehenden Korruptionsskandale in der Bevölkerung generierten, erscheint der neue Gesetzesentwurf äußerst gewagt. Sollte das Gesetz von der Kommission des Verfassungsschutzes nicht abgelehnt werden, so müsste die Regierungskoalition besonders darauf Acht geben, die Umsetzungen so transparent wie möglich zu gestalten.

Quellen:

<http://www.telesurtv.net/news/Chile-aprueba-Ley-Mordaza-que-penaliza-filtrar-informacion-20160405-0087.html>

<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2016/04/05/ley-morzada-que-sanciona-filtraciones-se-aprueba-en-el-senado-apunta-a-fiscales-y-abogados/>